Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,25 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Sonnabend, den 28. Mai 1927 — Nummer 123

Bruch des Rapallovertrags?

Deutschland in der Antisowjetfront

Tschitscherins Besuch in Berlin

Berlin, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Pariser Korrespondent der Vossischen Zeitung weiß von einer Unterredung des deutschen Botschafters Sthamer in London mit dem englischen Außenminister Chamberlain zu berichten. Chamberlain erklärte dabei, daß anläßlich des Besuchs des Präsidenten Doumergue in London zwischen der englischen und französischen Regierung eine Verabredung getroffen worden sei, die den deutschen Interessen nicht irgendwie abträglich wäre. Es sei selbstverständlich, daß England und Frankreich an der Politik von Locarno festhalten.

Er (Chamberlain) sei sogar der Meinung, daß der Locarnopakt den Vertrag von Rapallo illusorisch mache.

Die deutsche Regierung werde sich davon überzeugen, daß sie die Interessen ihres Reiches wahre, wenn sie sich vollständig den Westmächten anschließe. Dieses Angebot Chamberlains an den deutschen Botschafter Sthamer fordert die aktive Beteiligung Deutschlands an der Antisowjetkriegsfront.

•

Zu obiger Mitteilung über die Unterredung des deutschen Botschafters mit Chamberlain wird aus russischer Quelle mitgeteilt, daß der Botschafter das Angebot stillschweigend hingenommen und sich nicht darauf geäußert habe. Anderseits soll Stresemann einem Botschafter der Westmächte gegenüber die Neutralität Deutschlands betont haben. Die Arbeiter wissen, wie diese Neutralität aussehen wird. Sie wissen, daß die deutschen Kapitalisten und ihre Helfer die Feinde Sowjetrußlands sind, daß im Falle eines Krieges deutsche Soldaten als Kanonenfutter gestellt werden. Die Erklärungen der Neutralität gelten nur zur Täuschung der Massen. Die Kapitalisten und ihre kriegshetzenden Vertreter aus dem Weltkriege sind für die Arbeiter keine Garanten des Friedens. Der einzige Garant ist die arbeitende Masse selbst. Nur sie kann einen Krieg verhindern, wenn sie geschlossen gegen die Kriegstreiber auftreten wird. Bruch mit Rapallo, das bedeutet eine ernste Kriegserklärung an die Sowjetunion. Gewiß mögen die deutschen Kapitalisten noch schwanken, doch es setzen die Mittel ein, die eine Entscheidung bedingen. Ueber den Brenner hinweg hält Mussolini eine wüste Kriegsrede gegen Deutschland. Der Zweck ist klar, gegen die Kriegsdrohungen Mussolinis gibt es nur die Antwort, entweder festeren Anschluß an Rußland, oder Hilfe suchen bei England, das dann dem großmäuligen Faschisten den Schnabel schließt, wie es jetzt wohl darauf gewirkt hat, daß er das Maul aufreißt.

Die schwankenden Gruppen in der deutschen Kapitalistengesellschaft sollen zur Beteiligung an dem Abenteuer der englischen Diehards getrieben werden. Den führenden Gruppen ist die Rede Mussolinis ein willkommener Grund, verschärften Kurs gegen Rußland und die Arbeiter zu machen. Die Kriegsgefahr, die Vormärsche der Reaktion wachsen. Die Arbeiterschaft darf nicht gleichgültig zusehen, sie darf sich aber auch nicht von Renegaten irreführen lassen. Die Führer der deutschen Sozialdemokratie werden, das haben wir erst in unserem gestrigen Artikel betont, an der Seite der Imperialisten stehen. Crispien hat gestern auf dem Parteitag mit seiner Rede gegen die Kommunistische Internationale die Richtigkeit unserer Behauptungen unterstrichen. Inzwischen erhielten wir auch einen Artikel des „Linken" Saupe, in dem die Stellung dieser Führer dargelegt wird. Saupe schreibt unter der Ueberschrift: „Hände weg von Rußland!", er fordert aber, daß die Kommunistische Partei sich selbst aufgebe. Er verlangt nicht mehr und nicht weniger, wie die Beseitigung des Sowjetsystems. Das verlangt die englische und internationale Imperialistenbande auch. Die Front aller Sowjetfeinde schließt sich, es heißt, die Augen aufzuhalten, bereitet die Abwehrfront vor, demonstriert gegen die Kriegsgefahr, für das Bündnis mit Sowjetrußland.

•

Tschitscherin kommt nach Berlin

Der russische Volkskommissar des Aeußern, Genosse Tschitscherin, ist aus Paris abgereist. Er wird in Frankfurt a. M. seine Aerzte aufsuchen und dann nach Berlin weiterfahren, wo er vor seiner Reise nach Moskau eine Unterredung mit Stresemann und dem Reichskanzler haben wird.

Verhindert den Krieg gegen die Sowjetunion

Von R. Palme Dutt.

London, 27. Mai 1927.

Die konservative Regierung Großbritanniens hat den Sprung gewagt, den Weltkrieg zu entfesseln, um die Revolution zu zerschmettern. Plötzlich und überstürzt hat sie die letzten Schritte unternommen. Dies war das Ergebnis der eigenen Fehler der Diehards, welche das Vorgehen des englischen Kabinetts forcieren wollten, bevor die Pläne des britischen Außenamtes dazu reif waren; doch die darauf eingetretenen Meinungsverschiedenheiten und das Zögern im Kabinett dürfen den Blick keinen Augenblick lang für die konsequente und lang vorbereitete Politik trüben, die jetzt ihre Verwirklichung findet.

Die Politik der britischen Regierung ist eine Kriegspolitik ohne Einschränkung. Daran darf kein Zweifel bestehen. Die Erneuerung des Bündnisses zwischen Großbritannien und Frankreich, das ein rein militärisches Bündnis ohne irgendeine andere gemeinsame Basis ist, der endgültige Bruch mit dem nationalistischen China und die Zurückziehung der diplomatischen Vertreter aus Wuhan am 17. Mai, die Sitzungen des Ausschusses der Reichsverteidigung (wovon die „Westminster Gazette" berichtet) — all dies weist in die gleiche Richtung. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist nur der erste Schritt. Die Verzögerung der unmittelbaren Folgen des Abbruches ist nur ein Ausdruck der verwickelten internationalen Lage. Der unmittelbare nächste Schritt wird die Organisierung der internationalen Wirtschafts- und Finanzblockade sein, so vollständig, wie dies möglich ist. Der endgültige und letzte Schritt wird, wenn die Politik der britischen Imperialisten ihren Erfolg erreicht, die Organisierung der unmittelbaren militärischen Aktion sein.

Auf diese Weise versucht die britische Regierung im Jahre 1927, die Lage des Jahres 1919 wieder herzustellen. Acht Jahre lang hat die Politik der britischen Imperialisten, nachdem ihr erster militärischer Versuch, die Revolution durch Gewalt zu zerschmettern, mißlungen war, versucht, durch verschiedene andere Mittel das Sowjetregime zu unterwühlen oder zu überwältigen, zuerst durch das Handelsabkommen, wobei sie hofften, die Sowjetordnung durch kapitalistische Handelsbeziehungen und wirtschaftliche Durchdringung zugrunde zu richten, und später, als die Politik an der unerschütterlichen Mauer des staatlichen Handelsmonopols abgeprallt war, durch die passive Finanzblockade und durch die Hemmung wirtschaftlicher Beziehungen, wie auch durch diplomatische Aktionen, durch welche friedliche Beziehungen anderer Länder mit der Sowjetunion verhindert werden sollten.

Die eine Politik wie die andere hat Schiffbruch erlitten. Das Handelsabkommen des Jahres 1921 wurde ursprünglich, wie dies der damalige britische Verhandlungsführer Sir Robert Horne vor kurzem feststellte, angenommen, weil „er fühlte, daß sich keine kommunistische Organisation auf die Dauer der Notwendigkeiten, mit individualistischen Nationen Handel zu treiben, erwehren könnte". Aber im Jahre 1927 mußte er selbst seine „Enttäuschung" bekennen, mußte deshalb seine Politik verleugnen und die Kündigung des Abkommens fordern. Die kommunistische Organisation hatte das Uebergewicht bekommen, die kapitalistischen Maulwürfe waren nicht imstande gewesen, das Außenhandelsmonopol und die unerschütterlichen Grundlagen des Arbeiter- und Bauernstaates zu unterwühlen. Die Politik der passiven Finanzblockade und Kreditverweigerung, von der man hoffte, daß sie jeder möglichen industriellen Entwicklung in Sowjetrußland den Weg versperren, dadurch eine Zersetzung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und also innere Krisen und schließlich Kapitulation vor dem Auslandskapital herbeiführen würde, mißlang gleichfalls. Sie mißlang infolge der unerschütterlichen Entschlossenheit der Sowjetregierung, den Weg des sozialistischen Aufbaues und der Industrialisierung aus eigener Kraft, wenn nötig auch in einem langsameren Tempo, weiterzugehen und vor dem Druck des Auslandskapitals nicht zu kapitulieren.

Die Rückkehr zur offenen Politik der brutalen Gewalt ist das Eingeständnis des Mißlingens der Versuche des Kapitalismus, die Sowjetunion durch Druck auf den Handel, durch Blockade und durch Verweigerung von Krediten zu unterwühlen und zur Kapitulation zu zwingen, ist der Ausdruck des Triumphes der Sowjetwirtschaft trotz aller Hindernisse.

Die acht Jahre müssen von den Imperialisten, da sie ein reiner Verlust sind, wieder wettgemacht werden, also muß der konterrevolutionäre Krieg von neuem beginnen. Die unmittelbare Haltung des Säbelrasselns der britischen Imperialisten als Antwort auf die vorbehaltlos friedliche Politik der Sowjetunion wird in der ganzen Welt offenbar.

Aber die acht verflossenen Jahre lassen sich nicht so leicht ausmerzen. 1927 ist nicht 1919. Die Konsolidierung der Sowjetunion, ihre unerschütterliche Verankerung im bewußten Verständnis und in der Zusammenarbeit aller ihrer Glieder, die jetzt durch die Erfahrungen von neun Jahren gestärkt sind, die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen mit der gesamten Welt, mögen sie auch beschränkt sein, die Aenderungen in den internationalen Gruppierungen und die sie komplizierenden Faktoren, die wirtschaftliche und politische Schwächung Großbritanniens, die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung und der kommunistischen Parteien in allen Ländern — all das sind Faktoren, die wahrlich einen Unterschied gegenüber 1919 ausmachen und die Hoffnung erwecken, daß, wenn alle Kräfte rasch mobilisiert werden, schneller und erfolgreicher Widerstand geleistet werden kann, um die tödliche Bedrohung der neuen konterrevolutionären Offensive des Jahres 1927 zu verringern oder sogar zunichte zu machen.

Das gerichtliche Streikverbot rechtskräftig!

Hamburg, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Mittwoch fand vor dem Landgericht Hamburg die Berufungsverhandlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen das gerichtliche Verbot, die Betriebe der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei zu bestreiken, statt. Die Berufung des DTV wurde verworfen und die Kosten dem DTV aufgebürdet.

Das Urteil des Hamburger Landgerichts, das als Berufungsinstanz über das bekannte gerichtliche Verbot des Streiks bei der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei entschieden hat, bestätigt, was wir voraussagten. Die Klassenjustiz führt mit diesem Urteil einen schweren Schlag gegen die freien Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterklasse, der damit praktisch das Streikrecht überhaupt geraubt wird. Wenn auch die Entscheidung des Landgerichts angefochten werden kann, so ist nach Lage der Dinge und allen Erfahrungen der letzten Zeit so gut wie sicher, daß auch das Reichsgericht sich auf den gleichen Standpunkt stellen wird, und dann ein rechtskräftiges unanfechtbares Urteil vorliegt, auf Grund dessen jeder Streik durch die Gerichte verboten werden kann.

Das Urteil des Landgerichts Hamburg liegt in der allgemeinen Offensive der erstarkten Reaktion gegen die Arbeiterklasse, die damit ihres wichtigsten Grundrechtes beraubt wird. Alle Lohn- und Arbeitszeitkämpfe sollen unterbunden werden. Die Klassenjustiz eilt den Unternehmern zu Hilfe, die ihre Profitrate durch die sozialen Bewegungen der Arbeiter bedroht sehen. Das Urteil ist ein weiterer Schritt zur Aufrichtung faschistischer Methoden zur Niederknüppelung der Arbeiter. Mit dem Urteil wird der gesamten Arbeiterschaft das wirkliche Wesen der demokratischen Republik illustriert.

Der Beschluß des Hamburger Landgerichts muß ein Warnungssignal für die gesamte Arbeiterschaft sein. Es hat besondere Bedeutung angesichts der sich zuspitzenden Kriegsgefahr. Die Arbeiter müssen sich jetzt geschlossen zur Wehr setzen. Die Reformisten, die auch heute noch unentwegt auf Schlichtungsordnung und Arbeitsgemeinschaft schwören, werden auch diesem frechen Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse keinen Widerstand entgegensetzen. Sie werden auch jetzt nach den Worten Leiparts die „Gesetze im Rechtsstaat" respektieren und sich mit der geschaffenen Lage abfinden. Sie werden unter Berufung auf dieses Urteil jeden Kampf der Arbeiter um Lohn und Brot und Arbeitszeit sabotieren.

Die Arbeiter sind durch das Urteil gewarnt. Soll der Anschlag der Klassenjustiz zunichte gemacht werden, dann müssen die Arbeiter erkennen, daß es notwendig ist, Schluß zu machen mit der Politik der Reformisten, gemeinsam mit den Kommunisten in den Gewerkschaften für die Revolutionierung derselben zu kämpfen, ihnen den Klassenkampfcharakter wiederzugeben. Nur auf diesem Wege wird es der Arbeiterschaft gelingen, den frechen Vorstoß abzuwehren.

Die bayrische Reaktion verbietet den Reichsbannertag

München, 28. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Republikanische Tag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der heute und morgen stattfinden sollte, ist auf Antrag der Vaterländischen Verbände von der Münchner Polizeidirektion, die den Auftrag hierzu vom Innenminister erhielt, verboten worden. Die Vaterländischen Verbände hatten in den letzten Tagen eine gesteigerte Hetze gegen den Reichsbanneraufmarsch entfaltet. Die Kommunistische Partei in München hatte der Parteileitung der SPD und dem Ortsausschuß des ADGB eine gemeinsame Verteidigung der Arbeiter gegen die faschistischen Ueberfälle vorgeschlagen. Die SPD-Führer hatten unter Berufung auf die „bestehende Verfassung" eine gemeinsame Abwehr abgelehnt und geantwortet, daß „der Schutz jeder verfassungsmäßigen Veranstaltung in erster Linie die Pflicht der hierzu berufenen Staatsorgane" sei. (!) Die staatlichen Organe antworteten jetzt „demokratisch" darauf mit dem Verbot des südbayrischen Reichsbannertages.

Die Reichsbannerarbeiter mögen aus diesem Vorgehen der Reaktion die Lehre ziehen, daß sie sich zu einer Front mit den Genossen im RFB zusammenschließen müssen. Die von den Führern des Reichsbanners und der SPD aufrechterhaltene Zersplitterung der Arbeiterschaft führt nur zu einer Stärkung der Reaktion. Der sozialdemokratische Polizeipräsident schützte in Berlin die Faschisten mit allen Mitteln. Die Faschisten antworten darauf in München mit dem Verbot des Reichsbannertages. Die gemeinsame Front der Arbeiter wird die Reaktionäre schlagen. Schließt die Rote Front!